Gastkommentar

Kein Wandel im Handel

Das Schlimmste für einen Populisten ist es, eine vermeintlich populistische Politik zu verfolgen, die nicht populär ist. Der Erdrutschsieg der Demokraten bei den Zwischenwahlen in den USA war teilweise auch ein Votum gegen die Handelspolitik des US-Präsidenten Donald Trump. Republikanische Kandidaten verschwiegen aus gutem Grund weitgehend das Thema, vielen von ihnen nützte es nicht. Manche Kommentatoren sprechen bereits von einer neuen Ära des Freihandels. Dies ist jedoch voreilig. Die Zollpolitik von Trump machte ohnehin seit dem sogenannten Unabhängigkeitstag im April vergangenen Jahres bis jetzt eine erstaunliche Wandlung durch. Von den immens hohen Zollsätzen, die Trump nach Gutsherrenart über die Länder dieser Welt ausschüttete, musste das Weisse Haus einige wieder zurücknehmen. Sei es wegen einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, sei es wegen der Gegenmassnahmen Chinas.

Andere Länder tappten nicht in die Falle eines Wie-du-mir-so-ich-dir, was zu noch verheerenderen wirtschaftlichen Folgen hätte führen können. Die US-Zölle waren nicht wirkungslos, die häufig widersprüchlichen Ziele der Zollpolitik wurden aber nicht erfüllt: Die Zölle führten zu höheren Staatseinnahmen, aber nicht zu einer Senkung des Handelsbilanzdefizits, und auch nicht zu einer Renaissance der US-Industrie. Vielmehr wurde die Inflation ein wenig angeheizt. Trump nutzte die Zollkeule vor allem, um anderen Ländern seinen Willen aufzuzwingen. Es ist beruhigend festzustellen, dass Handelskriege kein Wahlkampfschlager sein müssen. Vor zwei Jahren hatte jedoch Trump mit dem Versprechen gewonnen, die Zölle zu erhöhen. Es ist zweifelhaft anzunehmen, dass der Protektionismus auf einmal passé sein soll. In der letzten Präsidentschaftswahl und in den Zwischenwahlen standen vielmehr die Lebenshaltungskosten und nicht die Handelspolitik im Vordergrund. Das Wahlergebnis ändert zudem nichts daran, dass viele der Zollmassnahmen in die Zuständigkeit der Regierung und nicht des Kongresses fallen. Gesetzesvorstösse kann das Weisse Haus mit einem Veto blockieren. Derzeit sind die Zölle immer noch so hoch wie zuletzt in den 1940er-Jahren. Diese könnten noch verschärft werden. Auf vielen Liechtensteiner Gütern lastet derzeit ein Zoll von 12,5 Prozent. Für Metalle und Metallprodukte ist dieser gar noch deutlich höher. Präsident Joe Biden schaffte die Zölle seines Vorgängers Trump nicht ab, vielmehr betrieb Washington unter den Demokraten Industriepolitik, die auch protektionistisch wirkt. Zwar waren in den vergangenen Jahren viele Länder mit dem Abschluss von Handelsabkommen beschäftigt. Dazu zählt auch Liechtenstein im Rahmen der Efta, was positiv zu bewerten ist. Die Zahl der protektionistischen Massnahmen ist jedoch weltweit gestiegen. Europa diskutiert eher die Folgen der chinesischen Exportstärke und fürchtet sich vor einer Deindustrialisierung. Eine neue Ära des Freihandels? Wohl eher nicht. Die Hoffnung besteht vielmehr darin, dass Handelspolitik berechenbarer und weniger erratisch wird.



Gerald Hosp, Geschäftsführer der Denkwerkstatt Zukunft.li